

Aus dem Inhalt

Wettbewerb • Monopolkommission fordert verlässliche Energiepolitik	Seite 3
ASUE News • Solarthermie plus Erdgas-Brennwerttechnik	Seite 4
EnergieSzene Berlin • BMWi gegen starke Eingriffe der EU-Kommission	Seite 5
EnergieSzene Brüssel • Schweden will schnell Effizienz-Richtlinien	Seite 5
IEU News • Saarland und Sachsen fördern Heizkesseltausch	Seite 6
Zahlen & Fakten • Energieverbrauch geht kräftig zurück	Seite 7
Energie intern • Kopf des Monats: Prof. Dr. Justus Haucap	Seite 8
Literaturtipps • Der Energie-Irrtum	Seite 8

Topthema

Nachgefragt: Positionen zur Energiepolitik

Sechs Wochen noch, dann ist Bundestagswahl. Der Wahlkampf wird intensiver, die Parteien und ihre Kandidaten tauchen immer öfter mit wahlkämpferischen Ankündigungen und Versprechungen in Funk, Fernsehen und Printmedien auf. Bis vor wenigen Wochen spielte das Thema Energiepolitik dabei eine eher untergeordnete Rolle. Die Ereignisse im Kraftwerk Krümmel haben zumindest die Diskussion um die Zukunft der Kernenergie wieder angefacht.

Wer das Für und Wider der Kernenergie diskutiert, muss zwangsläufig auch über den Energiemix der Zukunft und über die Sicherung der langfristigen Versorgung mit Energierohstoffen reden. Anlass genug für die EnergieSzene, die energiepolitischen Sprecherinnen und Sprecher der fünf Bundestagsfraktionen um kurze Antworten auf drei Fragen – eine zur Kernenergie, eine zum Energiemix der Zukunft in der Stromerzeugung, und eine zur langfristigen Sicherheit der deutschen Energieversorgung – zu bitten. Das Ergebnis (siehe tabellarische Übersicht auf Seite 2) macht nicht allein die grundsätzlichen Positionen zu wichtigen Fragestellungen, sondern auch die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich.

Erstaunlich ist allerdings, dass keiner der Befragten das Thema Energiesparen in den Vordergrund gerückt hat. Dabei sehen doch viele Fachleute gerade hier eine der wichtigsten Säulen einer sicheren, bezahlbaren

und umweltschonenden Strom- bzw. Energieversorgung der Zukunft. Zu diesen Stimmen gehört – neben vielen anderen – auch die Initiative Erdgas pro Umwelt (IEU), die sich den effizienten Umgang mit Energie auf die Fahnen geschrieben hat. Zeigen doch sämtliche Erhebungen, dass gerade in der Wärmeversorgung von Haushalten, also in den Bereichen Heizung und Warmwasserbereitung, ein riesiges Einsparpotenzial liegt.

„Die Politik ist gefordert“, sagt IEU-Sprecher Bernhard Funk und spricht damit die nicht ausreichende Förderung, aber auch die unübersichtlichen Fördermöglichkeiten an. „Wir sehen den Bund – in Abstimmung mit den Ländern – in der Pflicht, die Heizungssanierung stärker zu fördern und bessere Anreize für effiziente, klimaschonende Technologien wie die Brennwerttechnik zu schaffen“, bringt Funk seine Forderung auf den Punkt.



Liebe Leser,

welche Positionen die Parteien in der Energiepolitik vertreten, das ist weiten Teilen der Öffentlichkeit zumindest im Groben bekannt. Dennoch ist es interessant, wie die energiepolitischen Sprecher der fünf Bundestagsfraktionen drei von der EnergieSzene gestellte aktuelle energiepolitische Fragen konkret beantworten. Die Erneuerbaren spielen bei allen Fraktionen eine wichtige Rolle, wenn nach der klimaschonenden, sicheren Energieversorgung der Zukunft zu angemessenen Kosten gefragt wird. Aber es gibt auch deutliche Unterschiede in den Antworten, vor allem, wenn es um die Zukunft der Kernenergie geht. Und die Technologie der CO₂-Abscheidung und -speicherung halten nur zwei der fünf Energiepolitiker für so wichtig, dass sie in den Antworten überhaupt erwähnt wird.

Auf großes Echo ist die Kritik der Monopolkommission an der Wettbewerbssituation auf den Strom- und Gasmärkten gestoßen. Festzuhalten bleibt aber auch, dass die Kommission die Politik hier nachdrücklich in die Pflicht nimmt. Die Stellungnahme des Gremiums zur vielfach kritisierten Ölpreisbindung ist ebenfalls äußerst lesenswert.

Eine interessante Lektüre wünscht
Rolf Sweekhorst

	Welche Position bezieht Ihre Partei zur Nutzung der Kernenergie in der Stromerzeugung?	Mit welchem Energiemix wollen Sie die Stromversorgung der Zukunft realisieren, ohne das erreichte Maß an Versorgungssicherheit zu gefährden?	Mit welchen Energieträgern kann die Energieversorgung Deutschlands langfristig zu angemessenen Kosten und so klimaschonend wie möglich sichergestellt werden?
  <p>Dr. Joachim Pfeiffer ist Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</p>	<p>Wir wollen eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwerken. Einen Neubau von Anlagen lehnen wir ab. Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll zur Forschung an Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie zur Strompreissenkung genutzt werden.</p>	<p>Wir setzen uns für einen breiten Energiemix ein und wollen, dass Deutschlands Energie-Importe auf möglichst viele Länder verteilt sind. Dabei können auch der Ausbau erneuerbarer Energien und die verlängerte Nutzung der Kernenergie einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Versorgungssicherheit leisten.</p>	<p>Wir setzen uns für einen breiten und klimafreundlichen Energiemix ein. Wir setzen dabei auch auf fossile Energiequellen, die effizient und klimaschonend genutzt werden können und müssen. Langfristig muss aber der Schwerpunkt der Energieversorgung eindeutig im Bereich erneuerbarer Energien liegen.</p>
  <p>Rolf Hempelmann ist energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion</p>	<p>Die Atomenergie birgt große Risiken. Nicht zuletzt ist die Frage der Endlagerung des Atommülls bis heute ungelöst. Die SPD steht daher zum im Atomgesetz geregelten Atomausstieg. Bis dahin gelten aus guten Gründen (siehe z. B. Krümmel) die höchstmöglichen Sicherheitsstandards mit der Pflicht zur ständigen Nachrüstung.</p>	<p>Die SPD setzt auf den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und den Neubau hocheffizienter Kohle- und Gaskraftwerke, die alte, ineffiziente Kraftwerke ersetzen und erhebliche CO₂-Emissionen einsparen. Wir setzen auf KWK als effizienteste Form der Energieerzeugung und auf die Entwicklung der CCS-Technologie.</p>	<p>Mit einem sich schrittweise zu Gunsten der Erneuerbaren verändernden Energiemix wird dem Klimaschutz, der langfristigen Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit am Besten Rechnung getragen. Darüber hinaus ist die Steigerung der Energieeffizienz einschließlich intelligenten Netzen, Zählern und Tarifen unabdingbar.</p>
  <p>Gudrun Kopp ist Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion für Energiepolitik</p>	<p>Die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke müssen verlängert werden, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO₂-Abscheidung und -Einlagerung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht.</p>	<p>Um die Versorgung Deutschlands mit Energie für die Zukunft sicherzustellen, brauchen wir einen breiten Mix aus erneuerbaren Energien, Kernkraft, Öl, Kohle und Gas. Eine Politik, die – wie der Atomausstieg – zu einer immer stärkeren Abhängigkeit von wenigen Lieferländern führt, macht Deutschland politisch erpressbar.</p>	<p>Deutschland braucht ein konsistentes Energiekonzept, das unsere Energieversorgung umweltfreundlich, sicher und bezahlbar macht. Langfristig strebt die FDP eine CO₂-neutrale Energieversorgung, ohne Diskriminierung einzelner Energieträger an.</p>
  <p>Hans-Kurt Hill ist energiepolitischer Sprecher der Linken-Bundestagsfraktion</p>	<p>DIE LINKE fordert die unverzügliche Abschaltung aller AKW in Deutschland. Ein Ausstieg innerhalb der nächsten Wahlperiode ist machbar. Bereits 2010 können die acht ältesten Anlagen stillgelegt sein. Danach folgen jährlich drei weitere. Eine stabile Versorgung zu bezahlbaren Preisen ist dabei zu jeder Zeit gewährleistet.</p>	<p>Der Anteil erneuerbarer Energien soll bis 2020 50 Prozent erreichen. Dezentrale Kraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen, ersetzen zunehmend ineffiziente Kohleblöcke. Ziel ist eine regenerative Vollversorgung, um eine klimafreundliche und stabile Versorgung zu bezahlbaren Preisen zu gewährleisten.</p>	<p>Fossile Energieträger sind künftig der wesentliche Kostentreiber in der Versorgung. Die gefährliche Atomenergienutzung verursacht enorme volkswirtschaftliche Kosten. Erneuerbare Energien werden bereits vor 2020 kostengünstiger sein als der fossil-atomare Mix und dämpfen bereits jetzt die Teuerung.</p>
  <p>Hans-Josef Fell ist energiepolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion.</p>	<p>Atomenergie ist gefährlich, umweltverschmutzend und überflüssig. Erneuerbare Energien sind dank grüner Politik auf einem steilen Wachstumspfad. So können die AKW, wie unter Rot-Grün vereinbart, abgeschaltet werden. Die unsicheren ältesten Reaktoren müssen zum Schutz vor Terrorgefahren noch schneller abgeschaltet werden.</p>	<p>Die Endlichkeit der fossilen und atomaren Rohstoffe gefährdet die Versorgungssicherheit und führt absehbar zu weiteren Preissteigerungen. Wir Grünen wollen eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien bis 2030. Technologien wie Handys oder Flachbildschirme konnten ihre Märkte sogar noch viel schneller durchdringen.</p>	<p>Nur erneuerbare Energien können die Energieversorgung Deutschlands langfristig sichern. Die Technologiekosten der erneuerbaren Energien sinken, wohingegen die konventionellen Energien immer teurer werden. Erneuerbare Energien sind der wirksamste Beitrag zum Klimaschutz und helfen gleichzeitig aus der Wirtschaftskrise.</p>

Wettbewerb

Monopolkommission fordert verlässliche und stabile Energiepolitik

Die Monopolkommission hat unter dem Titel „Strom und Gas 2009: Energiemärkte im Spannungsfeld von Politik und Wettbewerb“ ein Sondergutachten vorgelegt, in dem sie reklamiert, auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt herrsche weiterhin kein funktionsfähiger Wettbewerb. Im Strommarkt sieht die Kommission insbesondere auf der Erzeugungsebene signifikante Wettbewerbsprobleme, hervorgerufen durch eine hohe Marktkonzentration. Als Hauptwettbewerbshindernisse im Gasmarkt werden zum einen eine hohe Konzentration des Gasangebots auf wenige Unternehmen und zum anderen die fehlenden Zugriffsmöglichkeiten der Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden auf die Produktionsstufe hervorgehoben. Das Beratungsgremium kritisiert nicht nur, es gibt der Politik auch eine Reihe von Handlungsempfehlungen. Unabhängige Voraussetzung für die Wirksamkeit regulatorischer Eingriffe seien die Verlässlichkeit und Stabilität allgemeiner Energiepolitik. Nur wenn bei der Umsetzung legitimer politischer Ziele anhand konsistenter ökonomischer Kriterien verfahren werde und administrative Markteintrittsbarrieren vermieden würden, blieben Anreize für Zukunftsinvestitionen im Energiesektor erhalten. „Bei der konkreten Ausgestaltung muss das Hauptaugenmerk auf der Öffnung der Märkte und dem Abbau von strukturellen Markteintrittsbarrieren liegen“, so der Vorsitzende der Monopolkommission, Professor Justus Haucap (s. Kopf des Monats).

„Die Monopolkommission bestätigt mit ihrem Sondergutachten unsere Einschätzung, dass politisch verlässliche Rahmenbedingungen für den Energiemarkt in Deutschland notwendig sind. Dies ist die Voraussetzung, damit weitere Anreize für Zukunftsinvestitionen im Energiemarkt gesetzt werden“, kommentierte Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). „Auf dem deutschen Strommarkt herrscht im europäischen

Vergleich bereits reger Wettbewerb. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass zahlreiche neue Marktteilnehmer derzeit den Kauf von Erzeugungskapazitäten prüfen, die Produktvielfalt weiter zunimmt und die Kunden zunehmend diese Angebote nutzen.“ Deutschland habe mit rund 1.100 Stromunternehmen eine Vielfalt, die auf dem europäischen Strommarkt ihresgleichen suche. Das gelte auch für den Erzeugungsmarkt, auf dem rund 450 Unternehmen in Deutschland aktiv seien. Der deutsche Strommarkt sei damit so stark umkämpft wie kein anderer in Europa. Die Marktkonzentration in Deutschland sei eine der geringsten in Europa. Nach der Sektorenuntersuchung der EU-Kommission komme der größte deutsche Stromerzeuger in Deutschland auf einen Marktanteil von 28 Prozent. Eine niedrigere Marktkonzentration – gemessen am Marktanteil des größten Unternehmens – habe die Kommission nur für die Niederlande mit 27 und für Großbritannien mit 20 Prozent ermittelt.

Im Detail hat sich die Monopolkommission auch mit Forderungen nach Abschaffung der Ölpreisbindung für Erdgas beschäftigt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Abschaffung aufgrund der begrenzten Anzahl von Anbietern und einer steigenden Nachfrage zu höheren Preissteigerungen führen könne als bei der Ölpreisbindung. Außerdem würde die Volatilität des Gaspreises sehr viel höher ausfallen. Preiskopplungen sollten ein sehr selektiv eingesetztes Instrument sein, merkt die Kommission an, aber: „Die Preisbildung auf dem Gasmarkt gilt nach wie vor als unterentwickelt und es gibt keinen einheitlichen weltweiten Markt. Auch ist die Liberalisierung in Europa noch nicht so weit fortgeschritten, dass von einem einheitlichen Binnenmarkt gesprochen werden kann. Von daher kann eine Orientierung an einem geeigneten Index aus Sicht der Monopolkommission durchaus legitim sein“, heißt es im Gutachten. Zudem biete die Ölpreisbindung einen Schutz vor einseitigen Preisvorgaben durch die wenigen Erdgasproduzenten.

Das Gutachten lässt sich unter www.monopolkommission.de abrufen

Erdgastransport

Immer weniger Gas-Marktgebiete

Die Bundesnetzagentur hat die Voraussetzungen für die Anerkennung von Kosten für Lastflusszusagen im Rahmen der Marktgebietskooperation NetConnect (E.ON Gastransport und bayernets) geschaffen. Die entsprechenden Kosten gelten nunmehr im Rahmen der Anreizregulierung als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten. Die Agentur hat damit eine freiwillige Selbstverpflichtung als Grundlage einer wirksamen Verfahrensregulierung anerkannt. Damit sei Rechtssicherheit geschaffen worden, so Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur. „Die Festlegung ist aber zugleich auch ein Signal für weitere netzbetreiberüber-

greifende Zusammenlegungen von Marktgebieten.“ Kurth begrüßte in diesem Zusammenhang die öffentlichen Ankündigungen für die H-Gas-Marktgebietskooperationen Gaspool (Kooperation zwischen Dong Energy Pipelines, Gasunie Deutschland, Ontras – VNG Gastransport, StatoilHydro Deutschland und Wingas Transport) sowie die Erweiterung des H-Gas-Marktgebiets NetConnect Germany (Kooperation zwischen bayernets, Eni Gastransport Deutschland, E.ON Gastransport, GRTgaz Deutschland und GVS Netz). Die damit verbundene Verringerung der H-Gas-Marktgebiete von sieben auf drei sei ein unverzichtbarer Baustein für die weitere Förderung des Wettbewerbs auf dem Gasmarkt.

Solarthermie plus Erdgas-Brennwerttechnik im Ein- und Mehrfamilienhaus

Wer die Nutzung der Solarthermie mit einem modernen Erdgas-Brennwertkessel kombiniert, schlägt gleich drei Fliegen mit einer Klappe: Der Verbrauch an endlich vorhandenen Energierohstoffen wird reduziert, das Klima wird geschont, und der eigene Geldbeutel profitiert – zumindest mittelfristig – ebenso.

Effizienteste Maßnahme: Heizkesselaustausch

Zur Senkung der Heizkosten sind verschiedene Maßnahmen möglich:



- ◀ Nutzung Solarenergie
- ◀ Dämmung von Wänden und Dächern
- ◀ Austausch von Fenstern

Die wirksamste Methode zum Heizkosten sparen ist der Austausch veralteter Heizkessel.

- ▶ höchster Wärmekomfort
- ▶ sehr hohe Energieeffizienz
- ▶ sehr sparsam

Bezuschusst mit max. 750 € Kesselaustauschbonus

www.asue.de

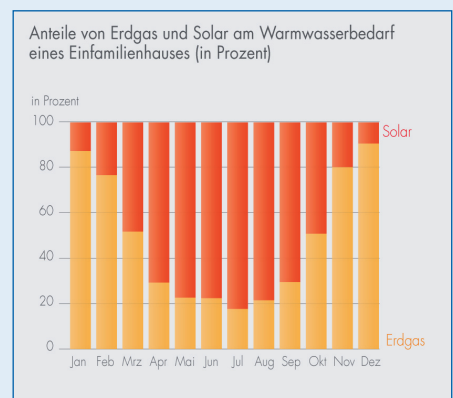
Alte Heizungssysteme, wie sie noch immer vielfach in den Kellern von Ein- und Mehrfamilienhäusern zu finden sind, arbeiten ineffizient mit schlechtem Wirkungsgrad sowie mit hohen Abstrahlverlusten und sind deshalb sowohl mit hohen Energiekosten als auch mit erheblichen Emissionen verbunden. Noch immer ist deshalb ein Fünftel aller deutschen CO₂-Emissionen der Wärmeerzeugung in Gebäuden zuzurechnen. Allein durch eine konsequente energetische Modernisierung des Gebäudebestandes könnte davon etwa ein Drittel eingespart werden. Damit verbunden wäre zudem eine Absenkung des deutschen Gesamtenergieverbrauchs um circa zehn Prozent.

Ein neuer Brennwertkessel in Kombination mit einer Sonnenkollektoranlage zur Unterstützung der Warmwasserbereitung bietet laut einer Erhebung des Instituts für Technische Gebäudeausrüstung Dresden ein Einsparpotenzial bis hin zur Hälfte des Energieverbrauchs der alten Anlage. Vor allem durch die Kombination von Sonnen- und Bioenergie mit effizienter Erdgas-Brennwerttechnik – sogenannte Gas-Plus-Technologien – lassen sich hohe ökonomische und ökologische Ansprüche gut miteinander vereinbaren. Die Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch (ASUE) empfiehlt den Einsatz von Erdgas als Brennstoff, da bei dessen Verbrennung im Vergleich zu allen anderen fossilen Energieträgern die geringste Menge CO₂ an die Umwelt abgegeben wird. Neben dem schadstoffarmen Betrieb haben Gas-Brennwertgeräte überdies den Vorteil, dass sie sich bei der Nach-

erwärmung des mittels Solarthermie erwärmten Wassers exakt an den Bedarf anpassen. All diese Vorteile sieht auch der Staat und bezuschusst die Investition in eine neue Brennwertheizung mit 750 Euro. Zusätzliche Fördermittel gibt es für die Kombination mit solarthermischen Anlagen, für den Austausch von ineffizienten Heizungspumpen und für die Energiesparberatung. Informationen dazu findet man unter www.bafa.de und www.kfw.de.

Solarthermie in der Praxis

Solaranlagen für Ein- oder Mehrfamilienhäuser werden in der Regel in das Dach integriert. Dabei muss die Dachfläche nicht unbedingt exakt nach Süden ausgerichtet sein, Abweichungen von bis zu 45 Grad sind völlig unproblematisch. Die Antwort auf die Frage, ob im Einzelfall besser Flächenkollektoren oder Vakuumröhrenkollektoren eingesetzt werden, hängt insbesondere davon ab, ob die Anlage nur zur Trinkwassererwärmung (dann Flächenkollektor) oder auch zur Heizungsunterstützung vorgesehen ist. Wesentlicher Bestandteil einer Anlage zur Nutzung der Solarthermie ist der Speicher, der insbesondere dazu dient, sonnenarme Zeiten zu überbrücken.



Mit einer Solaranlage zur Warmwasserbereitung lassen sich im Jahresdurchschnitt bis zu 60 Prozent der üblicherweise dazu benötigten Energie einsparen. Etwa 6 Quadratmeter Kollektorfläche reichen aus, um einen 4-Personen-Haushalt mit solar erwärmtem Wasser zu versorgen.

Um den wachsenden Anforderungen des Marktes gerecht werden zu können, werden heute Komplett-systeme angeboten, die die gesamte Anlagentechnik sowohl für die konventionelle Heizung als auch die solare

Trinkwassererwärmung in einem Gerät vereinen. Die Leistungsfähigkeit solcher Geräte ist in der Regel auf die Anforderungen im Einfamilienhaus ausgelegt. Sie umfassen neben dem Erdgas-Brennwertkessel und dem Solarspeicher zur Trinkwassererwärmung die gesamte Solartechnik und sind für den sofortigen oder späteren Solarbetrieb anschlussfertig vorbereitet. Für die Nutzung der Sonnenenergie sind in diesem Fall nur noch die Kollektoren und die Verbindungsleitungen zu installieren.

Detaillierte Informationen zur Sonnenenergienutzung für die Beheizung und Warmwasserversorgung von Ein- und Mehrfamilienhäusern bietet die ASUE (www.asue.de) mit der Broschüre „Ideale Wärme für das Haus: Solar-Erdgas-brennwert-Systeme“. Neben rechtlichen Rahmenbedingungen werden hier unterschiedliche technische Systeme und Fördermöglichkeiten vorgestellt.

BMWi gegen starke Eingriffe der EU-Kommission

Die Europäische Kommission hat einen Verordnungsvorschlag zur Notifizierung von Energieinfrastrukturinvestitionen vorgelegt. Danach sollen die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, regelmäßig Daten über Energieinfrastrukturvorhaben zu übermitteln. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) plädiert hingegen dafür, sich im Sinne des Bürokratieabbaus auf die bereits bestehenden und durch das 3. Binnenmarktpaket Strom und Gas deutlich ausgebauten Instrumente zur Datenabfrage zu beschränken.

Auch beim Verordnungsvorschlag zur Gasversorgungssicherheit setzt das BMWi auf wenig Vorgaben. „Wir brauchen eine solidarische Gaskrisenvorsorgepolitik in Europa. Aber Solidarität ist keine Einbahnstraße – sie muss auf ausreichenden Eigenanstrengungen der Mitgliedsstaaten und auf kommerzieller Basis beruhen“, sagte Staatssekretär Jochen Homann. „Deswegen plädiere ich für die Einführung von Mindeststandards bei der Krisenvorsorge. Die Mitgliedsstaaten sollten einen bestimmten Anteil ihrer Importe beispielsweise durch Speicher, unterbrechbare Verträge oder Ersatzbrennstoffe abdecken. Dabei sollen sie aber frei sein bei der Wahl der konkreten Mittel.“ Wichtig sei auch, dass die Nutzung von Gasspeichern auch im Krisenfall aus Gründen der Wettbewerbsneutralität auf kommerzieller Grundlage erfolge. Um Solidaritätsmaßnahmen zu erleichtern, sollten zentrale Gaspipelines in beide Fließrichtungen innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten nutzbar sein, jedoch müsse die Wirtschaftlichkeit dafür gegeben sein.

„Wichtige Ansätze für den weiteren Ausbau der Erdgasversorgungssicherheit in Europa“ sieht Hildegard Müller, Vorsitzende der Haupt-

geschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), im Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zur Versorgungssicherheit. Es sei grundsätzlich sinnvoll, gemeinsame Mindeststandards vorzugeben. Aus Sicht der Energiewirtschaft müsse aber noch klarer zum Ausdruck kommen, dass die Hauptverantwortung für eine sichere Versorgung bei den europäischen Erdgasunternehmen liege. „Die Rolle der Unternehmen muss deutlich hervorgehoben werden, statt sehr niedrige Schwellen für ein staatliches Eingreifen auf europäischer Ebene anzusetzen und die Befugnisse der Kommission auszuweiten. Ein zu frühzeitiges Eingreifen der EU-Kommission führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Versorgungssicherheit, da die Gefahr besteht, dass nationale Verantwortung an die EU delegiert wird“, so Müller. Jeder Mitgliedsstaat müsse aber zuerst die eigenen Instrumente zur Sicherung der Versorgung ausbauen, bevor er Solidarität im Krisenfall einfordern könne.

Der dreistufige Gemeinschaftsmechanismus – zunächst die Unternehmen, dann die Mitgliedsstaaten und erst zum Schluss die Europäische Union – hat sich nach Müllers Einschätzung gerade während der Liefersituation im Januar dieses Jahres bewährt und muss auch in der neuen Verordnung ausdrücklich verankert werden. Eine sinnvolle Ergänzung dazu liege in der Stärkung von regionalen Kooperationen. „Die Initiative zu regionaler Zusammenarbeit sollte aber von den Unternehmen und Mitgliedsstaaten ausgehen“, forderte Müller. Hier komme der von der deutschen Gaswirtschaft initiierten „Private sector initiative for security of gas supply in Europe“ besondere Bedeutung zu. Die Möglichkeit des Rückgriffs auf „Strategische Speicher“, wie sie im Anhang des Entwurfs genannt werde, dürfe nicht zu einer verpflichtenden Vorhaltung solcher Speicher führen. „Eine solche strategische Reserve würde Erdgas verteuern und die Verbraucher unnötig belasten.“

EU-Energiepolitik: Schweden will Verabschiedung von Richtlinien zur Energieeffizienz beschleunigen

Energieeffizienz ist der energiepolitische Schwerpunkt der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. So sollen die Verhandlungen über die Gebäudeeffizienz- und Energieverbrauchskennzeichnungs-Richtlinie sowie über die Reifenkennzeichnungs-Verordnung noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

„Eine Steigerung der Energieeffizienz ist wichtig, um unsere ehrgeizigen Klimaziele so wirtschaftlich wie möglich zu erreichen“, begrüßte Jochen Homann, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, anlässlich des informellen EU-Energieministerrats die Absichts-

erklärung Schwedens. „Allerdings müssen wir aufpassen, dass Energieeffizienz-Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger auch nachvollziehbar sind und nicht in erster Linie mit Kosten, Bürokratie und Bevormundung in Verbindung gebracht werden. Wichtig sind EU-Maßnahmen insbesondere im Produktbereich, wo wir mit der derzeit diskutierten Novellierung der Energieverbrauchskennzeichnung dafür Sorge tragen wollen, dass die Verbraucher klare Informationen zum Energieverbrauch eines Produkts erhalten. Ein Ziel der Gebäudeeffizienz-Richtlinie sollte aus meiner Sicht sein, dass längerfristig alle Neubauten höchsten Effizienzanforderungen gerecht werden. Hierdurch würde den Verbrauchern und der Bau- und Gebäudetechnikindustrie ein klares Signal für die technologische Entwicklung gegeben.“

Heizkesseltausch: Saarland und Sachsen sind bei Förderung Spitze

Alte Heizung raus, neuer Brennwertkessel rein – dafür gibt es jetzt auch Geld von zwei Bundesländern. Saarland und Sachsen fördern die Heizungserneuerung mit attraktiven Prämien. So haben Saarländer, die ihren veralteten Heizkessel durch ein modernes Brennwertgerät ersetzen, seit Anfang Juli Anspruch auf eine Prämie von 1.000 Euro. Noch

„Mit ihren Programmen schaffen die beiden Bundesländer Saarland und Sachsen finanzielle Anreize, die weit über die bestehende Förderung des Bundes hinausgehen. Sie sind mehr als doppelt so hoch. Das ist ein wichtiger Schritt, um den Modernisierungstau im Heizungskeller aufzulösen.“

Bernhard Funk, Sprecher der Initiative Erdgas pro Umwelt (IEU)

besser geht es Sanierern im Freistaat Sachsen. Hier beteiligt sich das Land sogar mit 1.250 Euro an dieser Art des klimaschonenden Heizens und Energiesparens.

Die beiden Bundesländer setzen mit ihren neuen Programmen wichtige Impulse und sind damit hoffentlich Vorreiter eines generellen Trends zur Förderung der Heizungssanierung. Denn neue effiziente Heizungen schonen mittelfristig nicht nur den Geldbeutel des Haus- oder Wohnungsbesitzers, sie ersparen der Umwelt auch einiges an Emissionen. Nach Berechnungen der Deutschen Energie-Agentur (dena) werden rund 87 Prozent des gesamten Energiebedarfs in privaten Haushalten für die Raumerwärmung und für warmes Wasser benötigt. Das liegt oft auch an der Ineffektivität der Heizungsanlagen. Statistiken belegen, dass hierzulande in den Privathaushalten noch immer rund drei Millionen Heizungen, die älter sind als 18 Jahre, für wohlige Wärme sorgen. Angesichts der technischen Entwicklung und eines generellen Trends zur effizienten Nutzung von Energie ist klar, dass die alten Systeme nicht so sparsam und klimaschonend arbeiten können, wie ihre aktuellen Nachfolger. Der Effizienz-Vorsprung heutiger Anlagen ist dann besonders groß, wenn ein moderner Erdgas-Brennwertkessel mit der Nutzung erneuerbarer Umweltenergie – die Solarthermie ist dafür nur ein Beispiel – kombiniert und mit einer hocheffizient arbeitenden Umwälzpumpe ausgerüstet wird.

Realistisch betrachtet muss man allerdings davon ausgehen, dass viele Haus- und Wohnungsbesitzer in erster Linie die Schonung des eigenen Geldbeutels im Blick haben. Die Schonung der Umwelt, hier vor allem die Reduzierung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen, ist zwar als übergeordnetes Ziel allgemein anerkannt, dennoch dürfte das Thema Heizungserneuerung in vielen Fällen erst dann akut werden, wenn man damit zumindest mittelfristig Geld sparen kann. Die sogenannte

Umweltprämie, allgemein als Abwrackprämie für alte Autos bekannt – als alt und ineffizient gilt ein Auto übrigens schon, wenn die Erstzulassung neun oder mehr Jahre zurückliegt –, zeigt noch immer sehr eindrucksvoll, dass die entsprechende Unterstützung enorm viel bewirken kann. „Wir sehen den Bund in der Pflicht, die Heizungssanierung stärker zu fördern und hierfür ein einfaches, effektives System zu schaffen“, fordert Bernhard Funk, Sprecher der Initiative Erdgas pro Umwelt (IEU).

Die IEU macht „falsche Weichenstellungen der Energie- und Wärme-marktpolitik“ für den derzeitigen Stau bei der Erneuerung veralteter Heizungsanlagen verantwortlich. Beispielsweise, so die Initiative, werde die Heizungserneuerung gegenüber anderen Sanierungsmaßnahmen benachteiligt. „Um den Modernisierungstau aufzulösen, bedarf es weiterer Anreize für innovative erdgasbetriebene Technologien wie die Brennwerttechnik“, betont Bernhard Funk. „Dass einzelne Bundesländer diesen Handlungsbedarf jetzt erkennen und aktiv werden, ist ein erfreuliches Signal.“

Wer fördert was?

Auch wenn es noch immer an wirksamen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Modernisierung von Heizungsanlagen mangelt, gibt es eine Fülle unterschiedlichster Fördertöpfe für Energiesparmaßnahmen. Doch wer fördert eigentlich was? Die IEU bietet auf ihrer Website – www.ieu.de – einen neuen Service an, der die Suche kinderleicht macht.

Wer beispielsweise wissen möchte, mit welcher Unterstützung man an seinem Wohnort für den Einbau einer Erdgas-Brennwertheizung rechnen kann, findet auf der IEU-Startseite hinter dem Button „Fördermittelauskunft“

Zugang zu einer Datenbank, die anhand einiger weniger Parameter – z. B. Ort, Alter der Immobilie, Versorgungsunternehmen, geplante Maßnahme – nach wenigen Sekunden einen umfangreichen Überblick über die infrage kommenden Förderprogramme liefert.

Ebenfalls online bietet die IEU einen Energiesparrechner, mit dessen Hilfe sich unterschiedliche Modernisierungsmaßnahmen wie Heizungserneuerung oder Wärmedämmung hinsichtlich ihrer Effektivität schnell und einfach vergleichen lassen.



Bioerdgas

„Repowering“ für Biogasanlagen

Die Münsteraner agri.capital GmbH hat die Biogasanlage im niedersächsischen Lüchow auf Bioerdgas-Einspeisung umgestellt. Das zu Biomethan veredelte Biogas wird jetzt in das Erdgasnetz der E.ON Avacon eingespeist. „Der Umbau zur Biomethan-Einspeisung bietet uns eine attraktive Alternative, um Biogasanlagen auf eine neue wirtschaftliche Grundlage zu stellen“, so Geschäftsführer Bernd Hugenroth. „Das gilt in erster Linie für Anlagen ohne ein nachhaltiges Wärmekonzept, aber auch für Anlagen, die nach der EEG-Novellierung schlechter gestellt sind als vorher.“

Das westfälische Unternehmen hat die Anlage im Herbst 2007 von 70 Landwirten übernommen. „Die Umstellung der Anlage auf eine Biomethan-Einspeisung ist eines der ersten Projekte dieser Art und hat

Modellcharakter für ein Repowering vieler Biogasanlagen in Deutschland“, meint Fred-Gunter Bade, bisheriger Geschäftsführer der Biogasanlage und heute Sprecher der Liefergemeinschaft. „Die neue Konstellation ist für uns als Landwirte weitaus komfortabler, da wir nicht mehr das finanzielle und unternehmerische Risiko der Anlage tragen müssen.“

agri.capital hat rund drei Millionen Euro in die nun installierte Aufbereitungsanlage sowie in die Herstellung des Netzanschlusses investiert. Die bis Ende 2009 produzierte Gasmenge wird an die bmp greengas GmbH aus München verkauft, die das Bioerdgas bundesweit über eine Handelsplattform vermarktet. Bei agri.capital laufen bereits Planungen, weitere Biogasanlagen auf Biomethan-Einspeisung umzubauen. „In diesem Bereich sehen wir großes Wachstumspotenzial für unsere Unternehmen“, so Hugenroth. „Von allen Seiten bekommen wir derzeit Anlagen und Projekte angeboten.“

Kommunale Versorger

Einigung zum Thüga-Verkauf

Die E.ON AG hat sich mit dem kommunalen Erwerberkonsortium Integra/KOM9 über die wirtschaftlichen Grundzüge des Verkaufs der Thüga AG geeinigt. „Wir festigen mit dem Verkaufserlös unsere Investitionskraft, denn bis 2011 wollen wir ja weitere 30 Milliarden Euro in eine moderne Energieversorgung investieren“, begrüßt E.ON-Chef Wulf H. Bernotat

den Verkauf. Das Konsortium ist ein Zusammenschluss aus Stadtwerke Hannover AG, Mainova AG, N-ERGIE Aktiengesellschaft und der KOM9 GmbH & Co. KG, die sich wiederum aus mehr als 45 Stadtwerken zusammensetzt. Die Thüga-Beteiligungen an der Gasag Berliner Gaswerke AG, HEAG Südthüringische Energie AG, an den Stadtwerken Duisburg sowie an den Stadtwerken Karlsruhe werden der Vereinbarung zufolge an die E.ON Ruhrgas übertragen und sollen separat veräußert werden.

Zahlen & Fakten

Energieverbrauch geht kräftig zurück

Der Energiebedarf in Deutschland war in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres deutlich niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) verminderte sich der Verbrauch an Primärenergien im ersten Halbjahr um sechs Prozent. Von diesem Verbrauchsrückgang waren – abgesehen von der durch Sonderfaktoren geprägten Entwicklung beim Mineralöl – alle Energieträger betroffen. Das kräftige Minus spiegelt, so die Arbeitsgemeinschaft, vornehmlich die Konjunktorentwicklung wider. Massive Produktionsrückgänge in den energieintensiven Wirtschaftsbranchen hätten zumindest vorübergehend zu einer nahezu parallelen Entwicklung zwischen Energieverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung geführt. Langfristig werde sich jedoch der Trend zur Entkopplung von Energieverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung fortsetzen.

Die kühlere Witterung in den ersten Monaten des laufenden Jahres sorgte für leichte Zuwächse bei den Heizenergien, konnte den negativen Gesamttrend aber nicht maßgeblich beeinflussen. Der Verbrauch an Mineralöl stieg zwischen Januar und Juni um etwas mehr als ein Prozent – eine Entwicklung, die die AGEB nahezu ausschließlich auf die gestiegene Nachfrage nach Heizöl infolge des spürbaren Preisrückgangs zurückführt. Der Erdgasverbrauch ging um rund elf Prozent zurück, vornehmlich infolge verminderter Nachfrage aus der Industrie sowie eines geringeren Einsatzes in der Stromerzeugung. Der Verbrauch der privaten Haushalte nahm dagegen witterungsbedingt leicht zu. Der Verbrauch an Steinkohle verminderte sich um über 22 Prozent. Die Entwicklung spiegelt den verminderten Bedarf der Eisen- und Stahlindustrie wider. Aber auch die Kraftwerke setzten deutlich weniger Steinkohle ein als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Der Braunkohlenverbrauch blieb mit einem leichten Minus von 0,7 Prozent nahezu auf dem Niveau des Vorjahreszeitraumes.

Energie intern

Kopf des Monats



Prof. Dr. Justus Haucap ist seit Anfang des Monats Direktor des neu gegründeten Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der Universität Düsseldorf. Der habilitierte Volkswirtschaftler ist zudem Vorsitzender der Monopolkommission und Forschungsprofessor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.

„Die Botschaft ist unmissverständlich: Wer nicht die politischen Wünsche der Kommission erfüllt, wird drastisch bestraft.“

Im Blog „carta“ (<http://carta.info>) äußert sich Professor Justus Haucap zu der EU-Milliardenstrafe gegen GdF Suez und E.ON Ruhrgas. Es stelle sich die Frage, was mit der Kartellstrafe eigentlich bezweckt werde. Rache, Vergeltung oder Genugtuung könnten keine sinnvollen Kriterien für die Höhe eines Bußgeldes sein. Kritik übt Haucap auch an der Tatsache, dass RWE und E.ON im vergangenen Jahr Bußgelder nur abwenden konnten durch erhebliche Zusagen u. a. im Strom- und Gastransport. Hier sei ein politisches Ziel in sachwidriger Weise mit einem Missbrauchsverfahren verknüpft worden. „Geboten ist dringend eine Entpolitisierung der europäischen Kartellrechtsanwendung. Dem Verbraucher nutzt die Strafe nämlich im Übrigen so gut wie gar nicht.“

WER MACHT WAS?

Dr. Johannes Teysen ist vom Aufsichtsrat der E.ON AG mit Wirkung zum 1. Mai 2010 zum Vorstandsvorsitzenden des Konzerns bestellt worden und wird damit Nachfolger von Dr. Wulf Bernotat. Teysen ist seit 20 Jahren in der Energiewirtschaft tätig und war neben seiner 2004 erfolgten Berufung als COO in den E.ON-Vorstand bis 2007 auch Vorstandsvorsitzender der E.ON Energie AG.

Jochen Flasbarth wird neuer Präsident des Umweltbundesamtes. Er tritt damit die Nachfolge von Prof. Dr. Andreas Troge an, der vor wenigen Tagen in den Ruhestand verabschiedet wurde. Der Diplomvolkswirt Flasbarth ist seit 2003 Abteilungsleiter Naturschutz und Nachhaltige Naturnutzung im Bundesumweltministerium.

Literaturtipp



Hans-Joachim Zillmer:

Der Klima-Irrtum • Warum Erdgas und Erdöl unerschöpflich sind

„Die Warnungen vor der Endlichkeit der Energievorräte sind falsch. Ebenso falsch sind die Klimamodelle.“ Hans-Joachim Zillmer stellt sich in seinem Buch, über dessen Inhalt sich trefflich streiten lässt, gegen etablierte Meinungen und Denkmodelle und beklagt verschwiegene Erkenntnisse. Seiner Meinung nach gibt es keine Energiekrise und wird es keine geben, da die Erde reiche Vorkommen an den Vorstufen zu Erdöl und Erdgas berge. Außerdem regenerierten sich bestimmte Vorkommen immer wieder neu und könnten nicht aufgebraucht werden, da sie nicht aus fossilen Stoffen, die in der Tat begrenzt seien, sondern anorganisch entstünden. Zudem widerlegt der Autor in flüssig geschriebener Argumentation, dass der Mensch einen wesentlichen Einfluss auf das Klima hat. Mit seinen Denkansätzen verblüfft Zillmer und prognostiziert

vielverheißende Zukunftsaussichten. Ein interessanter Anlass zu kontroversen Diskussionen ist das Buch allemal.

335 Seiten

München 2009

ISBN: 978-3-7766-2608

19,95 Euro

Impressum

Herausgeber und Redaktion:
Dr. Rolf Sweekhorst, Aachen
redaktion.sweekhorst@t-online.de
Fax: (02 41) 55 93 79-99

Redaktion Berlin:
Helga Bodenstab
bodenstabh@aol.com
Fax: (0 30) 795 03 65

Unterstützt von

